Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Kassel documenta Stadt

Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung

18. Juni 2020

Maßnahmen zur Abwehr sowie Prävention von Extremismus und Gewalt
Antrag der AfD-Fraktion
- 101.18.1649 -

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Lipardi

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Nach dem Bundesverfassungsschutzbericht 2018 gibt es in Deutschland über 131.000 Extremisten, ca. 13.400 davon leben in Hessen (Landesverfassungsschutzbericht 2018). Vor diesem Hintergrund bitten wir den Magistrat, in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung regelmäßig einen Vertreter des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) Hessen einzuladen, welcher halbjährlich über die aktuelle Gefährdungslage in Hessen bzw. Kassel berichtet sowie Gegenmaßnahmen zur Abwehr und Prävention vorstellt.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: AfD
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, WfK
Enthaltung: --
Abwesend: FDP+FW+Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Maßnahmen zur Abwehr sowie Prävention von Extremismus und Gewalt, 101.18.1649, wird **abgelehnt.**

Stefan Kortmann Sabine John

Vorsitzender Schriftführerin